

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Samstag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Hälfte 1800.— M. Einzelverkaufspr. 150 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 1905 nur Redaktion.
 1926 nur Geschäftsstelle.



Lübecker

Volksbote

Tagzeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 110.

Mittwoch, 16. Mai 1923.

30. Jahrgang.

Sind sie wirklich dumm — oder tun sie nur so?

Strefemanns Umkehr.

Dr. L. Lübeck, 16. Mai.

Im Mittelpunkt unserer inneren Politik stehen noch wie vor, sozusagen als Spiegelbild unserer auswärtigen Verstrickung, das deutsche Finanzjenseit und das innerhörte Steuerelement. Wertwürdig dabei ist, daß weite bürgerliche Kreise diesen Fragen völlig verständnislos gegenüberstehen, sich dumm und taub stellen und mit der Unzulänglichkeit der Beratungen immer wieder ihre Steuerbesitzschaft beschwören. Die Beratungen in der Lübecker Bürgerschaft über das Gewerbesteuergesetz sind für diesen Geisteszustand des Bürgertums eine geradezu expressionistische Illustration.

Nach Schluß der letzten Sitzung sprach mich ein bürgerliches Bürgerschaftsmitglied an. Ganz entrüstet sagte der sehr kapitalstarke Herr: „Ich weiß nicht, was Sie von uns wollen. Wir zahlen viel mehr Steuern, als Sie denken. Die gesamten Steuern dieses Jahres werden beinahe 50 Prozent talift, und ich — Also!“

Sohnlächernd konnte ich ihm von der Seite anblinzeln und ihn fragen: „Wissen Sie, wieviel Steuern ich allein in der ersten Hälfte dieses Jahres zu bezahlen habe?“ Doppelt soviel als Sie im ganzen Jahre: 100 Prozent meines vorjährigen Einkommens. Dabei sind Sie ein fetter Kapitalist, und ich — Also!“

Er schob ab und brummte etwas von Geldentwertung, für die er auch nichts könne. Das stimmt, bekam er nachgerufen, für die Geldentwertung können Sie nichts. Aber Ihren Profit der Geldentwertung anpassen, das können Sie!

Eine kleine Episode, nicht mehr und nicht weniger. Aber sehr lehrreich! Lehrend für jeden, der sehen und hören will. Lehrend besonders für Herrn Eckholdt, der die tühne Behauptung aufstellte, daß der Besitz 50 Prozent der Einkommener aufbringe. Dabei berief er sich auf den Reichsfinanzminister. Verwechelte aber die Voraussetzungen. Herr Hermes hatte nämlich die Steuererträge für das Jahr 1922 verglichen. Die Tatsache, daß diese Steuererträge von den Proletariern im Jahre 1922, von den Kapitalisten aber im Jahre 1923 bezahlt wurden, das berücksichtigt er nicht. Und Herr Eckholdt berücksichtigte das auch nicht.

Weshalb nicht? Kennt er nicht den Einfluß der Geldentwertung? Eines wissen wir bestimmt: Handelste es sich nicht um eine Forderung des Staates, sondern um eine eigene, so brauchte man all diesen Götzendienern des Profits nicht zehn- oder zwanzigmal den Unterschied in der Geldbewertung klar zu machen. Da käme ihnen der Verlust von selbst; sie wozen mit dem Höherstehenden ihrer Forderungen und mit dem Ausgleich der Geldentwertung schneller bei der Hand, als die Späßen beim ausgetreuen Korn.

Immer wieder muß man das Kind beim rechten Namen nennen. Selbst auf die Gefahr hin, daß man zum tausendsten Male als Hecker beschimpft wird. Es war nie leicht, rückwärtslos die Wahrheit zu sagen, und es wird auch nie leicht sein. Zu viele Leute haben Angst vor dieser Wahrheit.

Nie wäre der Dollar auf 40000 geklettert; nie wären die Franzosen ins Ruhrgebiet marschiert, hätten nicht die deutschen Großverdiener sich in der ungeheuerlichsten Weise um das Steuerzahlen herumgedrückt. Würden Handel und Industrie die gleichen schweren Steuerlasten tragen, wie das verkleidete Proletariat, die Finanzen des Reiches und der Länder wären in kurzer Zeit in Ordnung, die Notenpresse würde zur Ruhe kommen. Und unser Geld hätte wenigstens die Möglichkeit, sich zu behaupten.

Statt dessen? Der dicke Kalatagewinnler, der schwerverdienende Spekulant, der reiche Kaufherr und der geldstarke Fabrikant, sie alle leben in Saus und Braus, sie wohnen in luxuriösen Herrenhäusern, sie umgeben sich mit Behagen und Luxus, aber Steuern zahlen sie weniger als der Arbeiter, oder der Beamte, oder der Angestellte, der seine Kinder kaum füttern kann. Der nicht einmal das Geld hat,

um seiner Familie das allernötigste an Kleidung und Wäsche zu kaufen.

Das ist die Wahrheit, an der niemand rütteln kann. Trotzdem sollst du sie nicht aussprechen. Denn die reichen Herrschaften sind nicht nur am Geldsack, sondern auch an ihrer patriotischen Seele sehr empfindlich.

Und sie sind ja so unschuldig! Denn für die Geldentwertung können sie wirklich nichts. Gerade unangenehm ist sie ja nicht, denn die Profite steigen. Und die Steuern verbunsten! Man blinzelt sich zu: „Nach ein solcher Dollarsprung, und die Steuer fürs ganze Jahr lohnt weniger als ein fröhlicher Abend in gut patriotischer Stimmung und ausgewählter Gesellschaft.“

Gerade herausgeleigt: die ganze bürgerliche Steuerpositivität ist eine Lumperlei; ist ein riesenhafter Betrug am deutschen Volk und am deutschen Reich.

Schon oft haben wir in diesen Spalten den Satz ausgesprochen, daß Deutschland keine politische Freiheit nur dann behalten wird, wenn es der Regierung gelinht, den Besitz an den Reparationszahlungen heranzuziehen. Besitz aber heißt für diesen Zweck nicht Papiergeld, sondern Sachwerte: Goldwerte.

Wir sind darob beschimpft worden. Von allen Seiten wurde die Unverletzlichkeit der Vermögensubstanz gepredigt. Mit Leidenschaft bekämpfte das gesamte Bürgertum alle Forderungen der Sozialdemokratie, die eine wirkliche Besteuerung der Profite verlangten. Alle Verträge, die Geldentwertung auch bei der Besteuerung zu berücksichtigen, wurden als sozialistische Theorien und Träume abgelehnt.

Heute sehen wir den Erfolg dieser bürgerlichen Politik. Ein kleiner Kreis angenehmer deutscher Zeitgenossen hat ungeheure Vermögen aufgehäuft. Der gesamte Mittelstand ist absolut enteignet: Die arbeitende Bevölkerung beagiert unter dem Existenzminimum dahin. Das Reich aber steht vor dem absoluten Nichts; niemand weiß weiter. Cuno löst wie ein alter Greis in Berlin und fühlt alle möglichen Krankheiten in seinen Gliedern. Die Krise ist da. Jetzt geht's, wie mir vor einer Woche schrieben, ums Ganze. Und jetzt geht auch einigen nachdenklichen Leuten auf der anderen Seite ein Licht auf.

Der Führer der deutschen Volkspartei, Dr. Strefemann, machte in einem Leitartikel der „Zeit“ längere Ausführungen über die Aufgaben der deutschen Wirtschaft. Dabei formulierte er die Sätze:

„Wir stehen vor der Frage, was wir höher schätzen, politische Freiheit oder Entgegenkommen hinsichtlich der materiellen Leistungen.“

„Für die Freiheit von Rhein, Ruhr und Saar, dürfen wirtschaftliche Opfer, wenn sie überhaupt zu leisten sind, nicht zu hoch sein.“

„... das Reich und Volk erhalten bleiben, ist notwendig, daß die Substanz der Einzelwirtschaft sich erhält ist nicht notwendig. Wir haben das Staatsinteresse in den Vordergrund zu stellen.“

Seit drei Jahren predigt die Sozialdemokratie dieselben Grundsätze; seit drei Jahren hat sie ihr ganzes Handeln danach eingerichtet. Sie ist darob beschimpft und verleumdet worden. Jetzt, nach einem Weg unsäglichen Elends und unvergeßlicher Erniedrigungen, wahr auch da und dort im Bürgertum jemand auf. War dieser lange Weg des Jammers und der Verarmung nötig? Vielleicht wird auch darüber der eine oder andere bürgerliche Politiker nachdenken.

Wir müssen aus unserem Elend jetzt heraus. Die Regierung muß den Mut finden, rückwärtslos die Industrie und die Landwirtschaft zu den Lasten des Reiches heranzuziehen. Selbst auf die Gefahr hin, daß Deutsche nationale und Deutschvölkische wieder Mörder dinnen und Verschwörungen anzetteln.

Einen anderen Weg ins Freie gibt es nicht. Und heute ist es noch leichter, als es morgen sein wird. Jeder Schritt auf dem bisherigen Wege vorwärts, führt näher an den Abgrund.

Wendung ein, als höhere Ortszulagen als 100 Proz. vom 1. Mai ab nicht mehr gezahlt werden. Die Verständigung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Kabinetts und der Bereithaltung der erforderlichen Mittel durch Reichstag und Reichsrat. Heber eine entsprechende Regelung der Beamten- und Angestelltenbezüge finden heute nachmittags im Reichsfinanzministerium Verhandlungen statt.

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Berlin, 16. Mai.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Erhöhung der Beamtengehälter haben zu dem Ergebnis geführt, daß der bisherige Teuerungszuschlag von 942 rückwirkend ab 1. Mai auf 1219 und ab 16. Mai auf 1672 erhöht wird. Das ausgezahlte vierte Monatsgehalt wird nicht angerechnet.

Dollar 45000.

Die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter.

Berlin, 16. Mai.

Die Verhandlungen über die Lohnerhöhungen für die Reichs- und Staatsbediensteten sind heute zum Abschluß gekommen. Die Verhandlungen gestalteten sich während der ganzen Dauer sehr schwierig, jedoch sehr oft mit Verhandlungsabbruch gerechnet werden mußte. Erst im letzten Augenblick bequamen sich die Regierungsdirektoren, der einschiedenen Forderung der Gewerkschaften entgegenzukommen. Das Ergebnis der Verhandlungen ist:

Ortsklasse A Lohner: I II III IV V VI VII VIII
ab 1. Mai (pro Std.) 1059 1082 1005 978 963 951 942 660 M.
ab 16. „ „ „ 1422 1386 1350 1314 1298 1278 1263 885

Die Spannung beträgt von Ortsklasse zu Ortsklasse in der ersten Hälfte des Mai 21 Mark, in der zweiten Hälfte 27 Mark. Der Franzenszuschlag herrscht für den gesamten Monat Mai 25 Mark, ebenso der Kinderzuschlag. Die Sonderzahlungen sind vollständig niedergezogen. Im Zusammenhang mit dieser Regelung tritt im System der Ortslohnzulagen infolgedessen eine

Die Werbener Gefängnisstrafen ungesetzlich.

Im „L'Espresso“ stellt Robert de Jouvenal, ohne auf den Tatbestand des Krupp-Prozesses einzugehen, fest, daß die vom Kriegsgericht in Werben verhängten Strafen ungesetzlich seien, da das französische Strafrecht, das in diesem Falle auch für die Militärgerichte bindend ist, nur Gefängnisstrafen von sechs Tagen bis zu fünf Jahren kennt, darüber hinaus nur Zuchthausstrafen bis zu 20 Jahren bezw. Zwangsarbeit. Selbst wenn die Tat die Todesstrafe verdient hätte, hätte sie den Richtern das Recht nicht gegeben, eine Strafe auszusprechen, die im Gesetz nicht enthalten ist.

Limburg wieder geräumt.

M. Frankfurt a. M., 16. Mai. (Morgenbl.)

Limburg ist von den Franzosen wieder geräumt worden. Die Franzosen haben einen Aufschlag zurückgelassen, daß Limburg ab 16. Mai zum besetzten Gebiet zu rechnen ist und zwar so, daß alle Stationen der Strecke Niederrhein-Limburg zum besetzten Gebiet rechnen.

Neue Erhöhung der Eisenbahntarife.

M. Berlin, 16. Mai.

In der Sitzung des händigen Ausschusses des Reichs-Eisenbahnerverbandes, die gestern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stiller im großen Sitzungssaal des Reichsverkehrsministeriums stattfand, war der Ausschuss einhellig der Ansicht, daß rechtzeitig für die Bedienung der notwendigen Ausgaben durch Tarifierhöhungen gesorgt werden müsse. Während für die Personentarife eine Erhöhung von 100 Proz. zum nächstmöglichen Zeitpunkt in Betracht der ganzen Lage für erforderlich gehalten wurde, war der Ausschuss der Ansicht, daß die Gütertarife in solchen Ausmaße erhöht werden müßten, daß auch die durch die bevorstehenden Gehalts-, Lohn- und Kohlenpreiserhöhungen verursachten Mehrausgaben alsbald gedeckt werden könnten. Der Umfang der Erhöhung der Gütertarife müsse auf Grund der heutigen Preisverhältnisse schon über 45 Proz. sein.

Die Bergarbeiterlöhne.

Zur Regelung der Löhne für den Stein- und Braunkohlenbergbau ist, da die Parteien in einer Einigung nicht gelangen konnten, im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Jarres aus Duisburg ein Schlichtungsausschuß zusammengesetzt, der einen Schlichtungsbuch geführt hat, wonach die Löhne im Ruhrbergbau einschließlich der dort bestehenden besonderen Zulagen mit Wirkung vom 16. Mai ab um durchschnittlich 250 Mark je Schicht erhöht werden sollen. Für die übrigen Bergbauarten sind Lohnerhöhungen in den bisherigen prozentualen Abminderungen vorgesehen. Die durch den Schlichtungsbuch vom 1. Mai für die erste Hälfte des Monats vorgesehene Lohn-erhöhung hat der Schlichtungsausschuß bestätigt.

Die Haltung der belgischen Arbeiterpartei.

SPD. Der Parteiausschuß der belgischen Arbeiterpartei, der auf dem Internationalen Kongress in Hamburg durch die Genossen Vandervelde, de Brodere, Rauters und Van Rosbroeck vertreten sein wird, hat in der vergangenen Woche Stellung zu der Hamburger Tagung genommen.

Was insbesondere das Reparationsproblem angeht, so hielt die belgische Partei folgende Grundzüge auf:

1. Die lokale Erfüllung der Wiederherstellung, deren Berechtigung die deutsche Sozialdemokratie feierlich anerkannt hat, ist ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Friedens; aber die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen und ebenso eine vollständige und endgültige Abmachung zwischen Deutschland und seinen Gläubigern sind unerläßliche Bedingungen dieser Erfüllung.

2. Diese vollständige und endgültige Abmachung erscheint nur möglich durch ein allgemeines Abkommen zwischen den beteiligten Ländern im Sinne der Resolutionen von Frankfurt, d. h.: a) durch die Begrenzung der deutschen Schuld auf die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete unter Abrechnung der militärischen Pensionen — was einen Verzicht von Seite Englands auf seine Guthaben an Deutschland bedingt, b) durch die Streichung der interalliierten Schulden, die man auf die Gesamtsumme von 41 Milliarden Goldmark berechnen kann, davon nahezu 20 Milliarden (19,578 Milliarden) auf Frankreich entfallen, c) durch eine von Deutschland mittels wirklicher und fester Garantien aufzunehmende internationale Anleihe, um im Interesse aller das System rascher Kapitalauschüttungen an Stelle des Systems jährlicher Zahlungen zu setzen, wie sie bisher vorgeesehen waren durch die Konventionen der Regierungen.

3. Es ist ganz klar, daß in dem Reparationsplan, wie er in Frankfurt aufgestellt worden ist, alle Teile logisch zusammenhängen, und daß man z. B. die Herabsetzung der deutschen Schuld auf Ziffern, wie sie von verschiedenen Seiten genannt worden sind, nicht begreifen könnte, wenn die Kriegsschuld Frankreichs einreißbar bliebe und wenn England mit 22 Prozent als nehmender Teil in die Zahlungen einträte, die von Deutschland geleistet werden.

4. Das für die Lösung des Reparationsproblems unerläßliche allgemeine Abkommen führt also auf große Schwierigkeiten, die sich gleichzeitig ergeben aus den ungenügenden deutschen Angeboten und den widerstreitenden Gesichtspunkten der anderen kapitalistischen Regierungen, die sich nicht verständigen weder über die zwischen ihnen zu treffenden Abmachungen, noch über die Methoden, die angewandt werden müssen, um die wirkliche und lokale Erfüllung der Reparationen zu erreichen.

Dienstag, 15. Mai, vorm 11 Uhr.

Die Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt. U. a. werden zur Förderung der von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft verfolgten Zweck 1 Milliarde und 1 Million Mark zur Fortführung und Veränderung des Criminalen Wörterbuchs 200 000 Mark und als Kostenanschlag für das Institut für Volkswirtschaft und Sozialpolitik an der Universität Kiel 15 Millionen Mark bewilligt.

Im ersten Teil der Sitzung wird die Entschließung gegen die Entlassung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Müller (Soz.) und Dr. Müller (Berl.) wird dem Reichstag ein Antrag über die Abänderung des Gesetzes über die Einbürgerung der ausländischen Angehörigen vorgelegt, der dem Reichstag 2 Millionen Mark einräumt. Der Reichstag stimmt dem Antrag zu.

Im zweiten Teil der Sitzung wird die Entschließung gegen die Entlassung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Müller (Soz.) und Dr. Müller (Berl.) wird dem Reichstag ein Antrag über die Abänderung des Gesetzes über die Einbürgerung der ausländischen Angehörigen vorgelegt, der dem Reichstag 2 Millionen Mark einräumt. Der Reichstag stimmt dem Antrag zu.

Im dritten Teil der Sitzung wird die Entschließung gegen die Entlassung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Müller (Soz.) und Dr. Müller (Berl.) wird dem Reichstag ein Antrag über die Abänderung des Gesetzes über die Einbürgerung der ausländischen Angehörigen vorgelegt, der dem Reichstag 2 Millionen Mark einräumt. Der Reichstag stimmt dem Antrag zu.

Im vierten Teil der Sitzung wird die Entschließung gegen die Entlassung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Müller (Soz.) und Dr. Müller (Berl.) wird dem Reichstag ein Antrag über die Abänderung des Gesetzes über die Einbürgerung der ausländischen Angehörigen vorgelegt, der dem Reichstag 2 Millionen Mark einräumt. Der Reichstag stimmt dem Antrag zu.

Hamburger Waffschlänke.

Die jetzt vorliegenden Einzelheiten über die in Hamburg vorgenommenen Verhaftungen werfen ein bezeichnendes Licht auf die Absichten der deutsch-völkischen und zeigen, wie groß die Gefahr ist, in der unser Land durch den Herren Müller, v. Graese, Henning und ihrem Anhang dauernd schwebt. In der Untersuchung gegen Reichstag und Genossen war auch ein gewisser Hauptmann a. D. Fleck ziemlich stark belastet, ohne daß es anzudeuten gelang, ihn zu fassen, da er sich wie alle diese Helden hinter der Reichswehr und seinen reinen nationalpatriotischen Zielen versteckt. Die Hamburger und Altonaer Kriminalpolizei ging aber nach geschickter Vorbereitung mit einer härteren Anzahl von Kräften zu gleicher Zeit an die Arbeit und das zutage gebrachte Resultat war überwältigend. Man entdeckte hier eine erstaunliche Menge von Plänen, Karten, einen überaus belastenden Schriftwechsel über eine von langer Hand vorbereitete, sich über Hannover, Mecklenburg und Schleswig erstreckende Verschwörung gegen die Republik, die eine

große Anzahl von Waffenlagern dienen sollte, an der sich auch dieses Mal offenbar wieder Offiziere der Reichswehr (!) mindestens als Mitwisser und Befehlshaber beteiligt zu haben scheinen. Nach den beschlagnahmten Notizen scheiterte die Verschwörung in den verschiedensten Stadien. Nach dem Bericht der Hamburger und Altonaer Kriminalpolizei sind nach dem zum Teil noch gefassten und während erhebliche Waffenvorräte jetzt schon beschlagnahmt sind. Festzuhalten ist, daß die Verhafteten damit heraus, daß diese Lager ausschließlich für die Reichswehr bestimmt seien, während in Wirklichkeit in den geheimen Depots Waffen so gesammelt wurden, wie sie zur

Verwirklichung der geheimen östlichen Verbände nötig sind. Hierbei kommen besonders in Betracht der seitens der Reichswehr erwähnte „Niederländische Bund“ und der „Helmschützler für Norddeutschland“, beides Hauptverbände der alten biedereren Organe, die nach wie vor lech

ten nach dem Reichstag zu kommen. In der Sitzung vom 15. Mai wurde die Entschließung gegen die Entlassung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Müller (Soz.) und Dr. Müller (Berl.) wird dem Reichstag ein Antrag über die Abänderung des Gesetzes über die Einbürgerung der ausländischen Angehörigen vorgelegt, der dem Reichstag 2 Millionen Mark einräumt. Der Reichstag stimmt dem Antrag zu.

Im zweiten Teil der Sitzung wird die Entschließung gegen die Entlassung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Müller (Soz.) und Dr. Müller (Berl.) wird dem Reichstag ein Antrag über die Abänderung des Gesetzes über die Einbürgerung der ausländischen Angehörigen vorgelegt, der dem Reichstag 2 Millionen Mark einräumt. Der Reichstag stimmt dem Antrag zu.

Im dritten Teil der Sitzung wird die Entschließung gegen die Entlassung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Müller (Soz.) und Dr. Müller (Berl.) wird dem Reichstag ein Antrag über die Abänderung des Gesetzes über die Einbürgerung der ausländischen Angehörigen vorgelegt, der dem Reichstag 2 Millionen Mark einräumt. Der Reichstag stimmt dem Antrag zu.

Im vierten Teil der Sitzung wird die Entschließung gegen die Entlassung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Müller (Soz.) und Dr. Müller (Berl.) wird dem Reichstag ein Antrag über die Abänderung des Gesetzes über die Einbürgerung der ausländischen Angehörigen vorgelegt, der dem Reichstag 2 Millionen Mark einräumt. Der Reichstag stimmt dem Antrag zu.

Im fünften Teil der Sitzung wird die Entschließung gegen die Entlassung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Müller (Soz.) und Dr. Müller (Berl.) wird dem Reichstag ein Antrag über die Abänderung des Gesetzes über die Einbürgerung der ausländischen Angehörigen vorgelegt, der dem Reichstag 2 Millionen Mark einräumt. Der Reichstag stimmt dem Antrag zu.

Im sechsten Teil der Sitzung wird die Entschließung gegen die Entlassung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Müller (Soz.) und Dr. Müller (Berl.) wird dem Reichstag ein Antrag über die Abänderung des Gesetzes über die Einbürgerung der ausländischen Angehörigen vorgelegt, der dem Reichstag 2 Millionen Mark einräumt. Der Reichstag stimmt dem Antrag zu.

Im siebten Teil der Sitzung wird die Entschließung gegen die Entlassung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Müller (Soz.) und Dr. Müller (Berl.) wird dem Reichstag ein Antrag über die Abänderung des Gesetzes über die Einbürgerung der ausländischen Angehörigen vorgelegt, der dem Reichstag 2 Millionen Mark einräumt. Der Reichstag stimmt dem Antrag zu.

Im achten Teil der Sitzung wird die Entschließung gegen die Entlassung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Müller (Soz.) und Dr. Müller (Berl.) wird dem Reichstag ein Antrag über die Abänderung des Gesetzes über die Einbürgerung der ausländischen Angehörigen vorgelegt, der dem Reichstag 2 Millionen Mark einräumt. Der Reichstag stimmt dem Antrag zu.

Im neunten Teil der Sitzung wird die Entschließung gegen die Entlassung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Müller (Soz.) und Dr. Müller (Berl.) wird dem Reichstag ein Antrag über die Abänderung des Gesetzes über die Einbürgerung der ausländischen Angehörigen vorgelegt, der dem Reichstag 2 Millionen Mark einräumt. Der Reichstag stimmt dem Antrag zu.

Im zehnten Teil der Sitzung wird die Entschließung gegen die Entlassung der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Müller (Soz.) und Dr. Müller (Berl.) wird dem Reichstag ein Antrag über die Abänderung des Gesetzes über die Einbürgerung der ausländischen Angehörigen vorgelegt, der dem Reichstag 2 Millionen Mark einräumt. Der Reichstag stimmt dem Antrag zu.

und gedeiht. Die Leitung der Verbände lag in den Händen des Herrn Siereck und dessen Adjutanten Major M. Müller. Müller'scher Führer war der General a. D. Helfrich und neben ihm Oberleutnant a. D. Hassenstein.

Die Finanzierung dieser mit großem Eifer betriebenen Verschwörung. Nach dem aufgestellten Etat müssen Millionen und aber Millionen an Geld aus den Kreisen des Hamburger Großkapitals stammen, darunter dafür ausgeworfen werden. Dieser ganze Krieg im Dunkeln, den eine kleine machthabende Clique zu führen sucht, die in ihre reaktionäre Ideenwelt verannt ist, wird nur möglich, weil es verbrecherische Kräfte gibt, die solche Desperados unterhalten. Es kommt vor allen Dingen darauf an, endlich einmal diese Kräfte zu fassen, damit sie sich vor einem öffentlichen Gericht zu verantworten haben. Denn nicht nur der Feinde verliert man die Waffen, nicht gegen einen äußeren Feind sollen sie beschlagnahmt werden — nein, es gilt der Republik. Ihr will man den Garaus machen. Das in Hamburg und Altona beschlagnahmte Material läßt keinen Zweifel an der Tatsache einer großen in ihren Zielen weitestgehenden Aktion, die sehr bald in Szene gehen sollte. Das enorme Aufgabematerial muß in die Hände von Mäxlern kommen, die reaktionäre Kräfte gegen sich haben. Nicht dürfen, wie in früheren berartigen Projekten, Leute aus der Politik entlassen werden, von denen jeder weiß, daß sie die

eigentlichen Drahtzieher sind, die aber geistlich genug sind, Untersuchungsbeamte zu dirigieren. Die Verhandlungen im Reichstag, bei denen besonders der Volksparteiler Dr. Marekij gegen den Minister Severina losging und die Völkischen neben ihren Verbänden in Schutz nahm, bekommen aus diesen Waffenschlänken einen besonderen Nachklang, der für alle, die sehen wollen, ein helles Licht über unsere innerpolitische Lage wirft.

Der Oberbürgermeister von Nürnberg, Luppe, erläßt eine scharfe Erklärung gegen den Minister Schwerer wegen dessen Behauptung im Landtage über das Vergehen der Reichsregierung am 1. Mai.

Das dänische Hilfswerk. SPD. Das unter der Leitung des Genossen Nielsen stehende dänische Hilfswerk für die deutschen Kinder hat seit dem Jahresbeginn eine weitere Ausdehnung erfahren. Seit seinem Bestehen bis Ende März 1923 haben insgesamt 21 000 Kinder, 900 aus dem Ruhrgebiet, für Wochen und Monate Unterkunft in Dänemark gefunden. Seit Anfang April d. Js. sind weitere 1000 Rhein- und Ruhrkinder nach Dänemark gekommen. Die im vorigen Sommer geschlossenen dänischen Kakaoküchen sind inzwischen in 16 deutschen Städten wieder eröffnet worden. Durchschnittlich werden in jeder Stadt täglich 350 Kinder gespeist. 75 % dieser Kinder sind den Volksschulen und der Rest den höheren Schulen entnommen. Die Vermittlung von 5-Kronen-Geschenk-Paketen von Dänemark nach Deutschland ist in Vorbereitung.

Danzigs Stellung. Ueber die in den letzten Tagen viel erörterte Spannung zwischen Danzig und Polen wird uns von parteigenössischer Seite noch folgendes aus Danzig geschrieben:

Die Regierung in Danzig wird seit Bestehen des Freistaates von einem Bürgerblock gebildet, in dem die Deutschnationalen eine ausschlaggebende Rolle spielen. Die Danziger Sozialdemokratie steht zu diesem Block in schärfster Opposition. No berechtigte Beschwerden Polens vorlegen, hat die Sozialdemokratie stets verlangt, daß solchen Mißständen abgeholfen werde. Danzig ist z. B. den polnischen Zollgeleiten unterstellt; jedoch liegt die Verwaltung des Zollwesens auf Danziger Gebiet in Händen der Danziger Regierung. Polen erhebt nun die Forderung, daß alle Vorschriften der polnischen Regierung in Zollangelegenheiten ohne weiteres von der Danziger Regierung durchzuführen werden, auch wenn sie noch nicht in Kraft sind. Diesem Verlangen Danzig und Polen abgeschlossener Verträge widersprechen. Eben so verlangt Polen ein Bestätigungsrecht für die leitenden Zollbeamten. Diesem gegen die Selbstständigkeit verstößenden Verlangen Polens wurde leider von Danziger Seite dadurch Vorbehalt gelehrt, daß in dem einen deutschnationalen Leitung unterstehen den Danziger Zollwesen eine tüchtige militärische Spielerei ein geritten ist. In einzelnen Fällen sind auch Danziger Polizeibeamten gegen polnische Veranstaltungen und Einrichtungen in kleinlichstehender Weise vorgegangen. Die Danziger Sozialdemokratie hat sich stets in scharfer Weise gegen diese für Danzig höchst schädliche Politik ausgesprochen.

Polens Verlangen geht aber weniger auf die Abstellung wirklicher oder angeblicher Mißstände hinaus, sondern es hat nur das eine Ziel im Auge, die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Danzigs mehr und mehr zu untergraben. Die polnischen Politiker können es noch immer nicht verschmerzen, daß diese deutsche Stadt beim Versailler Frieden nicht Polen einverleibt, sondern auf Betreiben Englands zu einem kleinen Freistaat gemacht wurde. Wie dreist die polnischen Imperialisten in ihren Eroberungsplänen sind, bewies der polnische Abgeordnete im Danziger Volkstag, Dr. Kubacz, der sich offen für die Annexion Danzigs und Ostpreußens durch Polen aussprach. Der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Piuszinski, ein Führer der reaktionären Nationaldemokraten, verlangte in einer Erklärung am 4. Mai eine baldige Revision des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Danzig und Polen. In scharfster Weise sprach er sich dabei gegen den Völkerbund und seinen Kommissar in Danzig aus. So erklärte er einen großen Teil der Differenzen zwischen Danzig und Polen, die bisher durch den Oberkommissar bzw. durch den Völkerbund selbst geschlichtet wurden, für innere Angelegenheiten Polens, über die nur die gesetzgebenden Körperschaften Polens zu entscheiden hätten. Das ist ein unverhüllter Kampf gegen den Völkerbund und seinen Oberkommissar in Danzig.

Die Danziger Sozialdemokratie hat sich jederzeit gegen die Loslösung Danzigs vom Deutschen Reich ausgesprochen und für die Danziger das von der Entente während des Weltkrieges so laut verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker verlangt. So sehr sie jetzt für eine wirtschaftliche Verständigung mit Polen ist und so energig sie alle deutschnationalen Mächte in der Danziger Außenpolitik bekämpft, so sehr verteidigt sie aber auch die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Danzigs.

Die Danziger Sozialdemokratie hat sich jederzeit gegen die Loslösung Danzigs vom Deutschen Reich ausgesprochen und für die Danziger das von der Entente während des Weltkrieges so laut verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker verlangt. So sehr sie jetzt für eine wirtschaftliche Verständigung mit Polen ist und so energig sie alle deutschnationalen Mächte in der Danziger Außenpolitik bekämpft, so sehr verteidigt sie aber auch die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Danzigs.

Die Danziger Sozialdemokratie hat sich jederzeit gegen die Loslösung Danzigs vom Deutschen Reich ausgesprochen und für die Danziger das von der Entente während des Weltkrieges so laut verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker verlangt. So sehr sie jetzt für eine wirtschaftliche Verständigung mit Polen ist und so energig sie alle deutschnationalen Mächte in der Danziger Außenpolitik bekämpft, so sehr verteidigt sie aber auch die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Danzigs.

Feier in der Paulskirche.

Am 18. Mai sind es 75 Jahre seit dem Zusammentritt der Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt a. M. Dieser Gedenktag der deutschen Demokratie wird am gleichen Orte in Gegenwart des Reichspräsidenten gefeiert werden. Alle deutschen Bundesländer von 1848 sind eingeladen, wie auch die deutsch-österreichische Volksvertretung, und ihre sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, die Gen. Abg. Langemann, Dr. Renner, Seig sowie den Bundesrat Gen. Ludo Hartmann, dessen Vater Mitglied des Frankfurter Parlaments war, zu entsenden.

Die bayrischen Volksgerichte rechtsungültig!

SPD. Die bayrischen „Volksgerichte“, namentlich bekannt geworden durch das furchtbare Urteil gegen Jeschke und Garz, sind in ihrer Rechtsungültigkeit von jeder bestritten worden, und von Justiz-Sachverständigen. Jetzt hat das Amtsgericht Gumburg die rechtsgerichtliche Rechtsungültigkeit dieser bayrischen Volksgerichte in einem Gerichtsbeschluss ausgeprochen. Dieser Beschluss legt in eingehender Begründung die Ungültigkeit der bayrischen Gesetze und Verordnungen dar, auf die die bayrischen „Volksgerichte“ sich stützen; er lehnt deshalb ein Rechtsmittel-Ergehen des „Volksgerichtes“ München I ab.

Münchens neuer Polizeipräsident.

München, 14. Mai. Als Nachfolger des Polizeipräsidenten Rogg ist nicht der Oberregierungsrat v. Ritter, sondern der Oberregierungsrat der Regierung von Schwaben und Neuburg, Karl Kaniel, ernannt worden. In den „Reichsministerialen Bescheiden“ wird jetzt dahin gewahrt, eine vollständige Reorganisation der jetzigen Polizeibehörden vorzunehmen. Sie sollen auf den Boden zurückgeführt werden, den die frühere Einheitspolizei unter der Leitung des Dr. Gumbert eingenommen hatte und die in der Hauptsache den Erfolg der vorläufigen Reorganisation im Auge zu halten hat.

Das nützliche Ruhrverbrechen.

Der abgehaltene General v. d. Goltz hat dem kaiserlichen Hofrat...

Diese Begrüßung eines deutsch-nationalen Generals für die Ruhrbesetzung...

Türkisch-griechische Sonderbesprechung.

Die seit mehreren Tagen angelegentlich drohende Gefahr der Griechen...

Volkswirtschaft.

Neue Dollarkaufe.

Am 18. April verließ der Dollar an der Berliner Börse den Kurs...

Die Gründe der gegenwärtigen Steigerung der Devisenkurse...

Die Importeure und Fabrikanten, welche ausländische Rohstoffe beziehen...

Diese sachlichen Gründe sind zunächst der steigende Bedarf der deutschen Industrie...

Es hätte sich nicht alles in entwicklung brauchen, wie es angenommen ist...

Devisen-Kurse.

Table with columns for city (Amsterdam, Brüssel, etc.), unit (fl., Fr., etc.), and date (15. Mai, 14. Mai).

Vermischte Nachrichten.

Flugzeugunglück auf der Linie Paris-London. Sechs Personen getötet. Ein neues jahreslanges Flugzeug...

Laubend hinesische Räuber aus Hunan sind, wie Reuter aus Hankau meldet...

Das „Kleine Wohnungsamt“. In Berlin ist der bisherige Stadtdirektor...

Verantwortlich: Für Inhalt und Vollständigkeit Dr. J. Leber; für Redaktion...

Verblüffend einfach

Dr. J. Leber, Berlin, ...

Der Wanderer ohne Weg.

Roman von August Hinz.

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Zudem hatte er noch keine Freizeiten...

Hannes. Mathilde war nicht mehr da und ich erfuhr, daß sie ins Ausland gezogen sei...

breiter geworden, bärte, verwitert und gebräunt, äußerlich und innerlich ein anderer Mensch...

Zum Pfingstfest

empfehle ich
äußerst preiswert

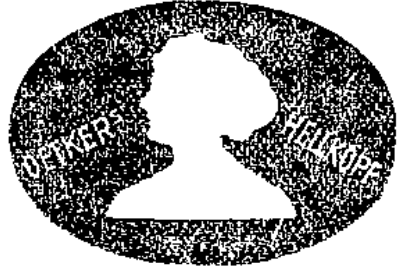
Sportanzüge
Sportkostüme
Klubjacken
Jumper
Seglerhosen
Manschest.-Anzüge
Leinenanzüge
Rucksäcke
Zellbahnen
Aluminiumgeschirr

Paul Gassmann
Sporthaus
Breite Straße 83

Dr. Oetker's

Rote Grütze
Backpulver „Backin“
Puddingpulver
Vanillin-Zucker

sind überall zu haben.




Endlich wieder SPRATTS

Th. Häveker

Milkenfutter, sowie la. Milkenfutturmischung

77 Arbeiter! Die große Not beendete.

Wir haben uns entschlossen, die Schwere der Zeit Rechnung zu tragen und gewähren

Freitag, d. 18. u. Sonnabend, d. 19. Mai

Sonderrabatt v. 3%

zu gewähren

Unsere Preise u. Qualitäten

77 HUXSTR.

Hemdentuche und Wäsche

+ Magerteil +

Schuhwaren

Damen-Hallische, Herren-Stiefel, Sandalen, Hausschuhe, Turnschuhe, Lederpantoffel, Arbeitsstiefel. (1876)

F. Lücht, Gürtelstraße 59.

Zu Pfingsten empfehle:

Schlüpfer, Anzüge, Arbeitskleidung, Damen- u. Herren-Wäsche, Dam.-Gummimäntel, Turnschuhe, Sandalen. Teilzahlung gestattet. (1862)

Oskar Peter, Storkengießerstraße 31.

Unsere Geschäftsräume bleiben

Pfingst-Sonnabend, den 19. Mai d. Js. geschlossen.

Bank für Handel und Gewerbe a. G. m. b. H.
Commerz-Bank in Lübeck
Commerz- und Privat-Bank Akt.-Ges.
Filiäle Lübeck
Barmstädter und Nationalbank
Filiäle Lübeck
Direktion der Diskonto-Gesellschaft
Filiäle Lübeck
Dresdner Bank Filiale Lübeck
Alfons Frank & Co.
Kreditbank Lübeck e. G. m. b. H.
Landbank Lübeck e. G. m. b. H.
Lübecker Privatbank
Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck
Vorspar- u. Spar-Vereins-Bank in Lübeck
Louis Wolff Commandit-Gesellschaft

Belanntmachung.

Am 19. Mai 1923 wird die Reichsbankstelle von 11:00 Uhr mittags ab für den Verkehr geschlossen.

Lübeck, den 14. Mai 1923.

Reichsbankstelle.

Reuterkrug (neben Hansa-Theater)

Morgen Donnerstag, d. 17. Mai, und Freitag, d. 18. Mai

Henry Vahl-Abend. Anfang 8 Uhr. (1874)

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

c. G. m. b. H.

Generalversammlung

am Donnerstag, dem 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstraße.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht erstes Halbjahr.
2. Vorlesung des Revisionsberichts.
3. Tagesberichterstattung.

Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.

Der Vorsitzende:
Adolf Warncke, Vorsitzender.

Versteigerung

Schwarz, Allee 111 (Friedrichshof)

Freitag, 18. Mai, 10 Uhr, das gesamte Inventar sowie ein deutscher Zählerhand, 1. Preis 1000 Mk., 2. Preis 500 Mk., 3. Preis 250 Mk.

R. Bruha & A. Bruha, öffentl. Aukt. und Versteiger. u. Verwahrhändler für bewegliche Gegenstände, Breite Straße 11.

Zielfelle, Schmelzhaare

Gebr. Wagner.

Leitung!

Leitung aller elektr. Anlagen, Zimmer- und Küchen-Einrichtung mit Licht, Wasser, Gas, Heizung, etc.

Wittorf, Golländer, Grünau.

Schuhwaren und Reparatur

Lager in allen Arten Schuhwaren

noch zu billigen Preisen.

F. Rehfeld, Geversdorsstrasse 31.

Zentrallobb. der Angestellten.

Verammlung am Freitag, 18. Mai, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Adlershorst Jeden (1825) Donnerstag **Ball**

Nur noch diese Woche billige Braunkohlen

Pa. abgestiebte Braunkohlen per Ztr. 2650 Mk. frei Haus.
Pa. reine Stückbraunkohlen per Ztr. 3950 Mk. frei Haus.

Nehme Bestellungen nur bis Sonnabend dieser Woche zu diesen Preisen entgegen.

Freitag und Sonnabend Planverkauf von Braunkohlen in der Kanalstr. untere Johannisstraße.

Für diese Tage bleiben meine Lager in der Falkenstr. geschlossen.

Bestellungen schriftl. an: Kontor Falkenstr. oder Telefon 8411. (186)

Kohlenhandel **Max Boye.**

Frauen-Haare

100 Gramm bis 1500 Mark. Haarbehandlung

Kostbahn, Sandstraße 12.

Leder

Leiderrauschnitt Ersatzschon in beliebigen Fabrikaten

C. Grimm Nachf., Lederhandlung und Schuhfabrik (1804)

Arbeiter-Liederbuch

für Massengesang

Buchhandlung Friedrich Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Zur Schweineaufzucht u. Mast

empfehle:

Maischrot, Gerstenschrot, holl. Gerstenschrotmehl, la. weißes Reisfüttermehl, grobe La-Patateweizenkleie, Roggenkleie, Knochenmehl, Knochenfischmehl, Weizen- u. Sojabohn. Futtermehl.

Th. Häveker, Geversdorsstr. 31.

Deutscher Eisenbahner-Verband.

Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Verammlung

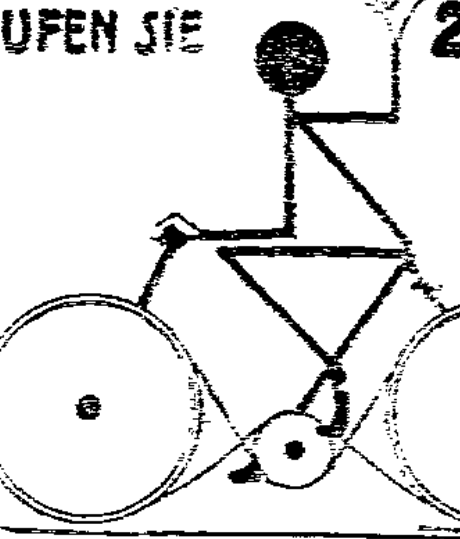
am Donnerstag, 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Flora.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen der Ortsgruppen.
2. Stand der Lohn- u. Gehaltsbewegung.
3. Verhandlungsangelegenheiten.

Wählerkontrolle. Die Ortsverwaltung.

RUFEN SIE 2873!



Und schon bin ich unterwegs, hole Ihre kaputten Schuhe und bringe sie **sofort** wie neu zurück.

Reform-Schuhwaren-Reparatur- und Stepperei

mit elektrischem Betrieb. (1865)

Robert Jentzen

50 Huxstraße 50.

Achtung!

Das Buch Erlösung von der Schwangerschaft ist zu haben in der Buchhandlung Lübecker Volksbote.

5 hausen 13

Das Buch Erlösung von der Schwangerschaft ist zu haben in der Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Trocadero.

Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:

Stimmungs-Konzerte.

Fledermans

Anfang 8 Uhr.

Hansa-Theater.

Montag und folgende Tage 8 Uhr: Gesamtgastspiel des Hamburger Carl Schultze Theaters

„Die tolle Lola“

Operette in 3 Akten von Hugo Firkh. (Komponist der „Scheidungsreise“)

Mitwirkende: Jeanette Paulsen (tolle Lola), Edmund Repp, Elise Dupont, Alfred Maack, Käthe Müller, Walter Kürschner, Hans Priem, Max Demuth, Ilse Maack, Alfred Westphal, Cuno Scheffert.

Stadttheater Lübeck

Mittwoch, 7 Uhr: Ab. B. Gmunt. (1859)

Donnerstag, 7.30 Ab. B. Der Oberreiger.

Freitag, 7.30 Ab. C. Undine.

Sonntag, 7.30 Uhr: 10. Vorst. i. Freitag: Ab. Nachr. D. Der Lampenschirm.

Sämtliche Wochentage vorstellungen „Parität“ beginnen 6 1/2 Uhr.

Freisat Lübeck.

Mittwoch, 16. Mai.

Vor Dagwarden.

Ut Dör un Dor, ut alle Hü
 Kummst se heent, as swarte Müs
 Senanner nagekrapsen,
 Keen Dachsen hörs du, kum een Wort,
 De Wien'n hüster un verfloart,
 W' möd noch, stief, verflapsen.

En jeder geiht an sine Steed,
 En jeder treedt he-nah 'ne Keed,
 In'n Harten kem Sinn, kum haapen.
 So treedt se hen all, Jahr un Dag —
 Ob't will mol beeter warden mag
 Vor jem, de't trug bekrapsen?

Doch mi is't, wenn do männigmal
 Een Brujen kumt von'n Heben dal,
 Een Brujen grot und junner;
 Denn ward' um't Hart mi grot und still,
 Denn feul id, dat't doch warden will
 Dat grote Wünschheitwunner:

Dat uns denn alltohop moit free
 Von Knechtshaff, Plag un Striederree
 (Güt noch uns Droom un Wünschhen).
 Worbi is denn de Haff und Haff ...
 Denn ward de Gez noch mal de Plag
 For wohre goode Wünschhen!

Emil Reinke.

Die Führer sind schuld!

Ja, wenn nur die Führer der Arbeiterschaft wollten! Die Masse ist revolutionär und kampfbereit. Aber sie wird von ihren Führern gehemmt. Wenn diese sich nicht immer einfinden lassen, sondern der Masse vorangehen würden, dann ... dann ...!

Solche und ähnliche Behauptungen kann man so ziemlich in jeder Versammlung vernahmen, wo von unserer Notlage die Rede ist. Sie werden in bombastischer Vorgetragen und zum Teil von Beifall, selten von Widerspruch begleitet, so daß man annehmen muß, ein nicht kleiner Teil der Arbeiterschaft sei der gleichen Meinung. Grund genug, den Wahrheitsgehalt der Behauptungen einmal zu prüfen.

Was nicht die Masse, die vorwärts strebende und revolutionäre, ist schuld daran, daß uns die Wucherer und Schieber würgen, die Reaktion frech ihr Haupt erhebt, Republik wie ihre Arbeiterschaft bedroht. Betrachten wir zunächst, wer das Wucher- und Schiebertum fördert, also wesentlich zu ihrer Macht mit beiträgt. Hierfür seien nur zwei Beispiele gewählt, und zwar solche, die über selbst auf ihre Richtigkeit hin prüfen und niemand widerlegen kann:

In jeder Stadt, in jedem Dorf bestehen Konsumvereine. Sie wurden vor Jahrzehnten von Arbeitern gegründet, von denen jetzt viele zu den Führern gehören, die als Hemmer ausgeführt werden. Sie kaufen die Konsumvereine, um die Waren zu billigeren oder zu verlässigen, um den Händlerprofit zu beseitigen und die Verbraucher aus den Klauen der Preisreiber zu erlösen. Das machen die Führer. Und die Masse? Hätte sie sich den Konsumvereinen angeschlossen, diese würden heute allerwärts die größten Kaufhäuser haben, könnten eigene Betriebe in großer Zahl für Lebensmittel und für die laufend Gebrauchsgüter betreiben, könnten Metzgereien und Fischereiläden gründen, kurz sie wären imstande, Hunderttausende von Parasiten aus ihrem Nestamt heraus zu nisteln Arbeit zu treiben und beträchtliche Scharen Arbeiter aus der kapitalistischen Fremdherrschaft in den Genossenschaftsbetrieb zu bringen. Ein erklärlcher Teil der Wucherer und Schieber wäre hinfällig, der kapitalistischen Produktionsweise ein breites Stück ihrer Grundlage entzogen.

Was aber tut nun die Masse, die vorwärts strebende, die revolutionäre? Die Antwort kann jeder nach Musterung seiner nächsten Umgebung selbst finden. Er dürfte womöglich entdecken, daß es bei ihm fest ebenso schlimm steht, wie in einer reinen Arbeiterstadt Süddeutschlands. Hier ist es das der Teilnahmslosigkeit der proletarischen Masse dem (kerisal) genantem Mittelstand mit Geschäftsleuten und deren Hintermännern gelungen, sich den Konsumvereinen zu bemächtigen. Sein Vorstand wird also von halben Freunden und ganzen Feinden beherrscht. Eine Gründung von Arbeitern in den Händen ihrer Gegner — dank der Teilnahmslosigkeit der Masse! Wäre dergleichen denkbar, wenn die Masse auch nur halb so revolutionär wäre, wie sie gehalten wird? Solange sie nicht einmal dem Konsumverein beiträgt und ihn nachdrücklich unterstützt, das heißt nicht einmal für seine ursprüngliche Sache die einfache, weder Opfer noch Mut noch Gefahr bedingende Tat vollbringt, solange läßt sich die revolutionäre Gestaltung oder der revolutionäre Tatwille der Masse nicht wohl feiern.

Nun zu dem andern Beispiel, dessen Richtigkeit gleichfalls jeder nachprüfen und niemand bestreiten kann. Das kräftigste Kriegsinstrument gegen die Arbeiterklasse? Wer macht es erst eigentlich durchschlagend? Der Gewerkschaftsbund zählt an die acht Millionen Mitglieder. Die sozialistische Arbeiterpresse hat kaum den achten Teil zu Bezirchern. Von acht Gewerkschaftern hat demnach nur einer ein Arbeiterblatt. Und die andern sieben? Die lesen entweder gar keine ihrer Zeitungen oder lesen, wie es meist der Fall ist, die Zeitungen, von denen sie Tag für Tag beschimpft, bekämpft werden, nämlich die bürgerlichen Papiere. Zuweilen nimmt die — sagen wir milde — Gleichgültigkeit der Arbeiter mit ihrer eigenen Presse geradezu abstoßende Formen an. Solange die Masse ihre eigene Presse nicht kauft und nicht nachdrücklich unterstützt, das heißt nicht einmal für ihre ursprüngliche Sache die einfache weder Mut noch Gefahr bedingende Tat vollbringt, solange läßt sich nicht gut sagen, die Masse strebe vorwärts und sei revolutionär. Die Konsumvereine wie die sozialistischen Zeitungen wurden von früheren Arbeitern, heutigen Führern geschaffen. Diese kaufen diese Befreiungsmittel. Die Masse aber benutzt sie zu wenig oder gar nicht. So können die Führer doch nicht wohl daran schuld sein, daß es nicht geizigend vorwärts geht, sondern eher die Masse, die ihre Befreiungsmöglichkeiten zu wenig ausnützt oder durch Teilnahmslosigkeit, wenn nicht gar durch unmittelbare Tat, die Machtmittel ihrer Todfeinde mehrt und stärkt. Revolutionäre sollte man nur den nennen, der beim Allernächsten beginnt, sich revolutionär zu betätigen.

Zugverkehr zu Pfingsten.

Zur Bedienung des Pfingstverkehrs besonders von Hamburg und Lübeck nach Ostholstein verkehrt am Pfingstsonnabend und 1. Pfingsttag auch der Zug 678, Lübeck ab 12.13 Kiel an 3.11 nachm. Dieser Zug hat Anschluß in Eutin nach Richtung Neustadt-Heiligenhafen, in Malente-Gremsmühlen nach Richtung Lüthenburg und in Mischeberg nach Neumünster. Ferner fährt am 1. Pfingsttag Zug 752, Lübeck ab 2.00 bis Malente-Gremsmühlen, an 3.14. — Vom Donnerstag, dem 17., bis einschließlich Montag, dem 21. Mai verkehrt ein Sonderzug 2. 3. Klasse von Lübeck 9.47, Travemünde Stadt 13.17, Niendorf 10.40. — Am Sonntag, dem 20. Mai verkehrt ein Vorzug 2. 3. 4. Klasse Lübeck 7.53, Rakeburg 8.20 ohne Halt auf Zwischenstationen. — Am Sonntag, dem 20. und Montag, dem 21. Mai, geht ein Vorzug 2. 3. 4. Klasse Rakeburg 8.00, Lübeck 8.25 ohne Halt auf Zwischenstationen.

Statistischer Monatsbericht für April.

Nach der Fortschreibung des Statistischen Landesamtes betrug die Bevölkerung der Stadt Lübeck Ende April 122 824, gegen den Vormonat sind das 328 weniger, gegenüber dem Vorjahre aber 1018 mehr. Der Geburtenüberschuß betrug nur 28 gegen 38 im Vormonat, und die Wanderungsbewegung schloß bei 1419 Zugezogenen und 1775 Weggezogenen mit einem Verlust von 356 Personen ab. Ehen wurden 82 geschlossen, 17 weniger als im Vormonat und 59 weniger als im April v. J. In 64 Fällen oder 78 Prozent aller Eheschließungen waren beide Teile ledig, während 16, oder 19,5 Prozent der Männer und 7 oder 8,5 Prozent der Frauen verwitwet oder geschieden waren. Die Zahl der Geborenen, einschließlich der Totgeborenen, war mit 193 (98 Knaben und 95 Mädchen) ebenfalls geringer als im Vormonat (206) und im Vorjahre (221). Die auf 1000 Einwohner und das Jahr berechnete Geburtsziffer betrug nur 18,8 gegenüber 20,1 im März und 21,8 im Vorjahre. 17 oder 8,8 (11,7) Prozent der Geborenen waren unehelich und 9 oder 4,6 (2,3) Prozent tot. Gestorben sind 156 Personen und zwar 68 männliche und 88 weibliche; im Vormonat waren es 170 und im April v. J. gar 194. Von den Gestorbenen waren 37 oder 23,7 (20,6) Prozent unter 15 Jahren und 59 oder 38,0 (47,4) Prozent über 60 Jahre alt. Die allgemeine Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und das Jahr berechnet) blieb mit 15,2 um 1,4 hinter der des Vormonats und um 3,9 hinter der des Vorjahres zurück. Von den im ersten Lebensjahr stehenden Kindern starben 27, darunter 7 an Lungentzündung und je 5 an angeborener Lebergeschwäche und Verdauungsstörungen. Die auf 1000 der Lebendgeborenen, aus denen die gestorbenen Säuglinge stammten, berechnete Säuglingssterbeziffer betrug 145,0 gegen 129,4 im Vorjahre. Todesursache war 29mal Krankheiten der Kreislauforgane, 20mal Tuberkulose, 15mal Altersschwäche, 15mal Lungentzündung und 14mal Krebs. Gewalttätigen Todes endeten 6 Personen und zwar 5 durch Wernunglück und 1 durch Selbstmord.

Staatliches Bücherwesen. Zur Bibliothekarin der staatlichen öffentlichen Bücherhallen wurde die Diplom-Vollbibliothekarin Dr. phil. Meta Corssen aus Lüneburg, die bisher in Berlin bibliothekarisch und schriftstellerisch tätig war, von der Oberbibliothekbehörde gewählt. Ihre Arbeiten auf dem Gebiete der Sozialpolitik und der Literaturgeschichte sowie ihre bisherige Tätigkeit im Bücherwesen lassen einen guten Eindruck von dieser Wahl erwarten.

Die Studienreise ausländischer Kommunalpolitiker. Am Montag begannen im Bürgergeschäftslokal die Vorträge, durch welche die Teilnehmer in einzelne Gebiete unserer kommunalpolitischen Arbeit eingeführt wurden. Zunächst sprach Generaldirektor Henke über die Ueberführung der städtischen Betriebe in die Gesellschaftsform, wie sie nach eingehenden Vorarbeiten in Lübeck verwirklicht ist. Darauf hielt Bauinspektor Balzer einen kurzen Vortrag über die Baugeschichte Lübecks, über den Denkmalschutz, den Stadtplan und die Lübecker Arbeit zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Die Vorträge wurden mit großem Beifall aufgenommen. Dann folgten Führungen durch die Stadt, bei denen die Teilnehmer mit den schönen alten Bauten Lübecks bekannt gemacht wurden. Nachmittags wurden verschiedene Besichtigungen veranstaltet. Die Mehrzahl der Gäste führt zu den Stiehlungen hinaus, um hier durch Augenschein näheren Einblick in die Frage des Wohnungs- und Siedlungswezens zu gewinnen. Auf dem Wege wurde der Ehrenfriedhof besichtigt. Einige Teilnehmer benutzten den Nachmittag, um hier in Lübeck Einrichtungen zu studieren, für welche sie besonderes Interesse hatten, z. B. das Arbeitsamt, das Jugendamt, das Nachrichtenamt, die Senatskanzlei usw. Am Abend feierten die Teilnehmer die Reise nach Kiel fort.

Eisenbahnverbindung Hamburg-Lübeck-Stettin. Vom Mittwoch, 16. Mai, ab wird wieder eine direkte Personenverbindung zwischen Hamburg und Stettin und umgekehrt über Lübeck hergestellt. Es werden eingeleitet: Zug 341 ab Hamburg Hauptbahnhof 10 Uhr 17 Min. vormittags, Stettin an 8.49 abends. Zug 338 ab Stettin 6 Uhr 25 Min. vormittags, Hamburg Hauptbahnhof an 5 Uhr 2 Min. nachmittags.

Ausrüstung für Erwerbslose. Nach einer Verordnung des Arbeitsministeriums soll künftig Erwerbslosen, die eine sich bietende Arbeitsgelegenheit nicht ausnützen können, weil ihnen die erforderliche Ausrüstung, im besonderen entsprechende Arbeitskleidung fehlt, solche Ausrüstung aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge vorgesteckt werden können. Voraussetzung ist, daß dem bisher unterstützten Erwerbslosen dann Arbeit von vorwiegend mindestens sechs Wochen Dauer nachgewiesen werden kann. Die Hingabe der Ausrüstung geschieht darlehensweise, entweder der Gegenstände selbst oder des benötigten Geldes. In Fällen besonderer Bedürftigkeit kann jedoch die Gemeinde auf Rückzahlung verzichten, und zwar bis zu einem Betrage, der den zwölffachen Betrag des täglichen Unterhaltungslages nicht übersteigt. Diese Neuregelung ist lebhaft zu begrüßen, denn oft war, zumal bei Notstandsarbeiten, Erwerbslosen die Arbeitsaufnahme nicht möglich, weil die entsprechende Arbeitskleidung fehlte.

Unterbringung Erwerbsloser in landwirtschaftlichen Betrieben. Der Umfang der Arbeitslosigkeit zwingt allgemein dazu, der Ueberführung städtischer Arbeitskräfte in die Landwirtschaft größere Beachtung zu widmen, denn noch immer finden hier Hunderttausende ausländische Arbeiter Beschäftigung. Eine reifliche Erziehung dieser Ausländer durch deutsche Arbeiter wird aus einer Reihe von Gründen zunächst nicht möglich sein, aber es sollte nichts unversucht gelassen werden, um planmäßig erhebliche Teile der städtischen Erwerbslosen für ländliche Arbeiten zu gewinnen. Der Arbeitsminister hat in einem neueren Erlass die Länderregierungen auf diese Aufgabe hingewiesen und größere Mittel bereitgestellt, um den Landesämtern zu ermöglichen, großzügiger und planvoller auf diesem Gebiete zu arbeiten. Es wird auch Aufgabe der Gewerkschaften in den Fürsorgeauschüssen und Landesämtern sein müssen, den Ausgleich der Arbeitskräfte zwischen Stadt und Land mit allen Kräften zu unterstützen. Selbstverständlich kann solche Ueberführung nur erfolgen nach sorgfältiger Prüfung der Eignung der Arbeitskräfte und nur dorthin, wo Gewähr für entsprechende Unterkunft- und Verpflegungserhältnisse gegeben ist.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeitsbursche aus Dsch.-Enlau und ein Malergehilfe aus Krefeld, die von einem auf der Wallhalbinsel befindlichen Lagerplatz eine größere Menge Eisen gestohlen hatten.

pb. Diebstähle. Einem in der Fiegelei Kothebed wohnhaftem Rutscher ist in letzter Nacht ein Handblotwagen gestohlen worden. — Aus einem Lagerhuppen sind seit etwa Mitte April d. J. 20 vollene Decken und einem Anwohner der Hützstraße zwei verfilzte, antike Leuchter gestohlen worden. — In der Nacht zum 14. d. M. ist auf einer Weide zwischen Moising und Oberbüllau eine 1½jährige Stute von Dieben an Ort und Stelle abgeschlachtet und gestohlen worden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Bis Sonnabend dieser Woche müssen spätestens die Gewerkschaftsossen oder Genossinnen dem Sekretariat bekannt gegeben sein, die in der Bezirksfürsorge tätig sein wollen. Wir bitten die Vorstände dringend, sofort die Namen bekannt zu geben.

Korrespondenzblatt Nr. 19 sofort abholen!

Der Vorstand des A.D.B.

Stadttheater. Donnerstag zum letztenmal: „Der Oberkrieger“. Freitag: „Udine“. Die 40. Vorstellung am Freitag-Ab. findet am Sonnabend, den 19. Mai statt. Gegeben wird: „Der Lampenschirm“. Die Skizzen für die diesjährigen Parfüm-Decorationen aus der Werkstatt des Deutschen Bühnenvereins sind bei der Firma Rudolf Karstadt ausgefallen.

Sanitattheater. Heute, Mittwoch, zur Eröffnung der Sommerpielzeit: Gastspiel des Hamburger Carl-Schulze-Theaters mit dem Operettenschlager „Die tolle Lola“ von Hugo Fritsch, dem Komponisten der „Scheidungstriebe“.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Die Hafenarbeiter vor dem Streik? Bei der Urabstimmung der freigewerkschaftlich organisierten Hafenarbeiter ist der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 11. Mai, der eine Erhöhung des Stundenlohnes um 300 Mk. vorschlägt, mit über Dreiviertelmehrheit abgelehnt worden. Die nach den Statuten erforderliche Majorität für einen Streik wurde somit erreicht. Nachdem die Vertrauensleute den Schiedspruch bereits vorher abgelehnt hatten, mußte mit einer ähnlichen Stellungnahme der Gesamt-Hafenarbeiterchaft ebenfalls gerechnet werden. Die Ablehnung läßt sich nur dadurch erklären, daß der Hafenbetriebsverein den Forderungen der Hafenarbeiter absolut kein Verstandnis entgegenzubringen geneigt war. Trotz der Sprungkraft steigenden Preise für Lebensmittel und trotz der sich immer schärfer auswirkenden Teuerung im allgemeinen zeigten die Hafenarbeiter sich gegenüber den berechtigten Wünschen der Hafenarbeiter nach einer den Wirtschaftsverhältnissen Rechnung tragenden Anhebung der Löhne an die Teuerung so hart ablehnd. Hinzu kommt ferner, daß ein sehr großer Teil der Hafenarbeiter gar nicht in den vollen Genuß der laut Schiedspruch vorgesehenen Erhöhung gelangt, weil er infolge Arbeitsmangel zur Kurzarbeit gezwungen ist und vielfach nur die halbe Woche hindurch Beschäftigung findet.

Hamburg. Die Bestätigung der Putschabsichten. Die etwas verworrene Angelegenheit der Aufhebung republikanischer Organisationen durch die Hamburg-Monarch Polizei erhielt eine eigenartige Beleuchtung durch die Stellungnahme der Rechtsprelle. Die „Hamburger Nachrichten“ setzen sich merkwürdig gut unterrichtet. Sie hängen sich aber das nationalistische Mäntelchen um (was immer geschieht, wenn es etwas zu verbergen gilt) und wollen „nur feststellen“, daß von „republikanischen Putschplänen und Verwilderungen gar keine Rede sein kann“. Die Bestätigung der Putschabsichten erfolgt auch durch eine verdrehte Darstellung des Korrespondenzbureaus Hanja, das, wie das „Echo“ schreibt, immer auf den Plan tritt, wenn es sich um die früheren Orgelherbände handelt. Das Korrespondenzbureau „Hanja“ ist von Killion und Müller nach dem Kaputtgehen des Heberkleibels der Nachrichtenabteilung der „Bahrenscheit“ gebildet worden. Vom Korrespondenzbureau Hanja stammen die Schwindelberichte des J. C. Holz in der „Warte“ über die „rote Armee in Hamburg“. Das Eingreifen des Korrespondenzbureaus Hanja auch in diesem Falle zeigt die Absichten und die Zusammenhänge der „betroffenen vaterländischen Kreise“ auf. Wenn nach irgendeiner Zweifel bestanden, gegen wen die Pläne zur Besetzung Hamburgs und die aufgefundenen Waffen gerichtet sein sollten, so sind sie bezeugt durch die Tatkunde des Einprägungsbüros Hanja.

Odenburg. Landtag. Der Gesetzentwurf über die Abänderung des Beamtendienstleistungsgesetzes wird in 2. Lesung angenommen. Ebenso wird ohne Debatte beschlossen, das Gesetz betr. Erhebung einer Steuer zur Förderung des Wohnungsbaues mit dem 1. April 1923 außer Kraft zu setzen. Es folgt die Beratung des Landesfeuerergesetzes. Abg. Kalkuhl (wild) geht auf die Finanzlage der Gemeinden ein, die heute fast allgemein an Geldmangel leiden, so daß oft Gehaltszahlungen nicht pünktlich erfolgen können. Das unbegrenzte Gemeindefeuerecht der Gemeinden schafft vielfach Unfrieden in die Gemeinden und sollte daher gewisse Einschränkungen erfahren. Abg. Frerichs (Soz.): Die Klagen über die Finanznot der Gemeinden sind bekannt. Man sollte den Gemeinden aber zutrauen, selbst zu bestimmen, wie weit sie bei Zuschlägen gehen können. Eine Unzufriedenheit mit Steuerbeschlüssen wird stets immer dort bestehen bei denen, die die Steuern bezahlen sollen. Eine Ermäßigung der Gemeindezuschläge bedeutet bei der Gewerbesteuer eine dicke Schonung der zahlungsfähigen Kreise. Finanzminister Stein: Das Ministerium vertritt die Ansicht, Zuschlagsfreiheit für die Gemeinden, bis zu einem gewissen Grade und unter Zustimmung des Gesamtministeriums. Die Gemeinden müssen bei dem Nach der Selbstverwaltung in der Lage sein, die Mittel aufzubringen, die sie nach ihren eigenen Beschlüssen benötigen. Das Steuerrecht der Gemeinden ist heute nur gering, auf Hundsteuer, Klaviersteuer usw. beschränkt. Jetzt müssen die Gemeinden für laufende Ausgaben Schulden aufnehmen, das war früher ganz unmöglich. Die Grundsteuer ist zu gering, sie entspricht für eine größere Stelle etwa dem Wert von einem Pfund Butter. Die Gewerbesteuer muß grundsätzlich dem Staate belassen bleiben, für die Gemeinden sind die Zuschläge zu erheben. Abg. Behrens (Soz.) tritt für volles Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden in steuerlicher Hinsicht ein. — Bei der Abstimmung werden diejenigen Anträge, welche sich auf eine Einschränkung des Gemeindezuschlagsrechtes beziehen, angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten und Demokraten. Da die Beschlüsse zur 2. Lesung nach den Anträgen der Regierung eine Änderung erfahren werden, geben wir von der Wiedergabe der Anträge einzeln ab. — Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung der vom Finanzgesetz für 1923/24 anzuliegenden Voranschläge sowie über Form und Inhalt des Finanzgesetzes. Dabei sei nachgefragt, daß die Ausgaben nach dem Stande der Geldentwertung auf insgesamt 21½ Milliarden Mark berechnet werden. Nach dem

